

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Hossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint wöchentlich dreimal u. zwar Dienstags, Donnerstag und Sonnabends. Bezugspreis viertelj. 1 Mk. 50 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 55 Pf. Einzelne Nummern 10 Pf.

Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. Insertionspreis 10 Pf. pro dreispaltige Corpuseile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Druck und Verlag von Martin Berger in Firma D. A. Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion D. A. Berger daselbst

No. 115.

Montag, den 24. Dezember

1894.

Bekanntmachung.

Die in Gemäßheit von Artikel II § 6 der Allerhöchsten Verordnung vom 21. Juni 1887 — Reichsgesetzbl. S. 245 fgd. — nach dem Durchschnitte der höchsten Tagespreise des Hauptmarktes Meissen im Monate November d. J. festgesetzte und um fünf vom Hundert erhöhte Vergütung für die von den Gemeinden resp. Quartierwirthen innerhalb der Amtshauptmannschaft im Monate Dezember d. J. an Militärperde zur Verabreichung gelangende Marschfourage beträgt

7 Mk. 0,8 Pfg. für 50 Kilo Hafer,
3 " 41,2 " " 50 Kilo Heu,
2 " 27 " " 50 Kilo Stroh.

Meissen, am 22. December 1894.

Königliche Amtshauptmannschaft.
von Schroeter.

Sparkasse zu Wilsdruff.

Zu Monat Januar 1895 ist die hiesige Sparkassen-Expedition

jeden Wochentag außer Mittwoch und Neujahrstag

geöffnet.

Wilsdruff, am 17. Dezember 1894.

Der Stadtrath.
Sicker, Brgmstr.

Tagesgeschichte.

Die Namensliste der pflichterzessenen Reichstagsmitglieder, die in der letzten Montagssitzung gefehlt und dadurch von neuem dazu beigetragen haben, das Ansehen des deutschen Reichstags in der öffentlichen Meinung herabzusetzen und zu untergraben, liegt nunmehr vor. Nicht weniger denn 210 Mitglieder haben gefehlt, ohne es überhaupt der Mühe Werth zu halten, ihr Fehlen beim Präsidenten zu entschuldigen oder Urlaub nachzusuchen. Von diesen Fehlenden mag noch einer oder der andere einen triftigen Entschuldigungsgrund gehabt haben; im großen ganzen wird aber die große Mehrheit dieser 210 Mitglieder ohne jeden zureichenden Entschuldigungsgrund gefehlt und damit einerseits die Würde des Reichstags verletzt, andererseits die Erfüllung der freiwillig übernommenen Ehrenpflicht ohne Bedenken vernachlässigt, die erforderliche Rücksicht auf den Präsidenten und die pflichttreuen Kollegen völlig außer acht gelassen haben. Von diesen 210 Mitgliedern scheidet vorweg die Sozialdemokratie aus dieser Betrachtung aus. Ihre Führer haben der Umsturzvorlage gegenüber rücksichtslose Obstruktionspolitik beschworen, indem sie dabei auf das mangelnde Pflichtbewußtsein der Mehrheit der Vertreter der staatsverhaltenden Parteien rechneten. Sie haben von den 46 Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion nicht weniger denn 34 abkommandirt, sodas, da einer der Genossen im Gefängnis sitzt und ein anderer, von Bollmar, krank ist, nur 10 Sozialdemokraten im Hause anwesend waren. Das die acht Mitglieder der Gruppe der Elsässer, ferner die Weisen und der Däne sämmtlich fehlten, ist weiter nicht überraschend; auch von den 19 Polen glänzten 14 durch Abwesenheit, während einer krank war und nur 4 Mitglieder im Hause anwesend waren. Ueberhaupt muß festgestellt werden, das von allen in Elbst-Vorbringen gewählten Abgeordneten nur einziger, Prinz Hohenlohe-Schillingensfeld, der Sitzung beigewohnt hatte, und das auch von allen ausschließlich in Württemberg gewählten elf Mitgliedern der süddeutschen Volkspartei nicht weniger denn acht, darunter ihr Führer Payer, fehlten. Das auch der Preußenfresser Dr. Sigl nebst seinen liebenswürdigen Kollegen Brunkmeier und Hilpert sich den Gefahren der Reichshauptstadt entzogen hatten, wird gewiß bei ihren engeren Landesleuten und Wählern gutes Verständniß gefunden haben. Das von den 15 Mitgliedern der neuen deutsch-sozialen Reformpartei nicht weniger denn neun fehlten, ist schon etwas auffälliger. Bedenklicher aber gestaltet sich das Verhältniß auf der Rechten und in der Mitte des Hauses. Sowohl von den Deutschkonserwativen, wie von der Reichspartei und vom Centrum hat die große Mehrheit der drei Fraktionen ohne Entschuldigung gefehlt. Am schlechtesten schneidet hier die Reichspartei ab, von der bei 28 Mitgliedern nicht weniger denn 18, darunter die Führer v. Kardorff, Gamp, Graf Arnim-Muskau, fehlten, während unter den 10 anwesenden die durch ihre Pünktlichkeit sich auszeichnenden Geheimräthe, ferner Febr. v. Stumm und Werbach sich befanden; vom Centrum fehlten ohne Entschuldigung 53, während 42 anwesend waren; von den 60 Deutschkonserwativen fehlten 27 ohne Entschuldigung, während daneben noch 8 Fraktionsgenossen sich entschuldigt hatten oder krank und beurlaubt waren. Von den 52 Nationalliberalen fehlten nur 16 ohne Entschuldigung.

Der Gesammtverlust wegen anderweiter Ordnung des Reichsfinanzwesens befindet sich jetzt im Bundesrath und

wird also wohl, nebst der Tabaksteuervorlage, dem Reichstag alsbald zugehen. Das auf den Finanzreformplan nicht verzichtet würde, stand längst fest. Zur vollen Durchführung in dem beabsichtigten Umfange, mit Ueberweisungen an die Bundesstaaten über die Matricularbeiträge hinaus, werden freilich auch im Fall der Bewilligung der Tabaksteuervorlage die nöthigen Mittel nicht vorhanden sein. Man wird vorläufig zufrieden sein müssen, wenn Ueberweisungen und Matricularbeiträge sich wenigstens decken und damit das Reich in seinen Finanzen thatsächlich auf eigene Füße gestellt wird. Aufgegeben wird und kann aber der Plan auch in seinem weiteren Umfange nicht werden. Die wachsenden Bedürfnisse der Einzelstaaten und ihre Unfähigkeit, nach Verzicht auf alle erziehbigen indirekten Steuern zu Gunsten des Reichs aus eigener Kraft neue Einnahmen in genügender Menge zu beschaffen, machen auf die Dauer eine Erhöhung der Ueberweisungen unumgänglich notwendig. Im Reich sind noch erziehbige Einnahmequellen genug vorhanden, in den Einzelstaaten sind sie gänzlich erschöpft. Darin liegt ein Mangel, dem sich auf die Dauer kein Reichstag wird entgegen können. Alljährlich wird von den verschiedensten Parteien ein ganzes Bündel von Steuerprojekten in Anregung gebracht, es sind nur immer nicht die, welche die Regierung für zweckmäßig hält, und wenn man die Antragsteller beim Wort nehmen wollte, würden sie wahrscheinlich auch nicht mitmachen. Immerhin beweist die wahre Sammlung von Steuerprojekten, wie viele Einnahmequellen im Reich noch unausgenutzt vorhanden sind. Es ist auch eine ungeredete Behauptung, das die indirekten Steuern in Deutschland bereits überangestrengt seien und unbillig auf den ärmeren Volksklassen lasteten. Kein Staat in der ganzen Welt hat sein Finanzwesen weniger auf die indirekten Abgaben gegründet, und dabei sind die unteren Volksklassen in Deutschland fast ganz von direkten Steuern befreit. Etwas müssen sie doch zu den Ausgaben für öffentliche Zwecke aller Art, von denen sie größere Vortheile als die oberen Stände zu ziehen pflegen, beitragen, zumal wenn sie die gleichen politischen Rechte beanspruchen.

Einrichtung einer Reichslotterie. Berliner Blätter enthalten folgende Notiz: Die Einrichtung einer Reichslotterie wird in den betreffenden Kreisen der Regierung geplant und in gewissem Sinne auch bereits in die Wege geleitet. Im Allgemeinen denkt man dabei an eine Ausdehnung der Einrichtungen der preussischen Staatslotterie über das ganze Reich unter Entschädigung der Einzelstaaten für Aufgabe ihrer Staatslotterien. Aus dem Bestreben, diese Entschädigungen möglichst in mäßigen Grenzen halten zu können, ist der kürzlich publizierte Erlaß der preussischen Lotteriedirektion an die Kollektoren betreffend die Denunziation der Händler auswärtiger Loose zu erklären. Man will eben den Vertrieb der Loose der Lotterien der anderen Bundesstaaten möglichst zurückdrücken, um dann auch mit geringerer Entschädigung davonzukommen. Thatsächlich können Lotterien, wie die Hamburger, die braunschweigische, die mecklenburgische und auch die sächsische in dem bisherigen Umfange sich gar nicht erhalten, sobald ihnen der Abzug nach Preußen abgechnitten ist.

Das preussische Staatsministerium wird sich wie die „Schleif. Ztg.“ erfährt, demnächst mit dem Antrage zu beschäftigen haben, der Bundesrath möge eine Erhebung über die Verhältnisse des Handwerkerstandes im ganzen Reich ver-

anlassen. Wenn dieser Antrag zur Annahme gelangt, darf darauf gerechnet werden, das die Erhebung bereits im Frühjahr unabhängig von der Berufszählung, ins Werk gesetzt werden wird.

Der Reichstagsabgeordnete Ahlwardt, hat am Donnerstag Vormittag, wie Professor Dr. Paul Förster sagt, das „Kloster zu Wilsdruff“ verlassen, wo er einige Monate unfreiwillige Ferien zubringen mußte wegen der „Judenklinten“. Am Abend stellte er sich in den Germania-Sälen seinen Gefinnungsgenossen vor. Ahlwardt scheint die Ruhe in der stillen „Klosterzelle“ recht gut bekommen zu sein, denn er sah noch wohlgenährter aus, als wie er sie betreten hat. Eingangsbemerkte er, das er der Einigung der Antisemiten zustimme, und das er ihr ganz bedingungslos beitrete, wenn man sein Programm, über welches er gestern Abend etwa drei Stunden sprach, in den Grundzügen anerkennen wolle. Es besteht aus einigen fünfzig Punkten.

Der sozialdemokratische „Vorwärts“ heuchelt der Umsturzvorlage gegenüber einen Galgenhumor, der so stark aufgetragen ist, das sich dadurch schwerlich ein urtheilsfähiger Mensch täuschen lassen wird. Er phantasiert von einer klatschen Niederlage der Regierung in dieser Angelegenheit und freut sich, das er nicht in ihrer Haut steckt. Unter der Spitzmarke „Bum-Bum!“ meldet er: Zum Vertreter der Regierung bei der Verhandlung der Umsturzvorlage im Reichstage ist der Regierungsrath Bum ernannt worden. Und so jagt ein gequälter Scherz den andern. Das den sozialdemokratischen Agitatoren in Wahrheit keineswegs so lustig zu Muthe ist, wie ihr Centralblatt glauben machen möchte, davon zeugt neuerdings eine Rede des Abgeordneten Singer in einer Versammlung. Auch Herr Singer bemühte sich, wichtig zu sein. Er bemühte sich, die Umsturzvorlage als das neueste Heilserum der Gesellschaft gegen die Sozialdemokraten. Auch Herr Singer suchte den Nachweis zu führen, das die Umsturzvorlage der Sozialdemokratie nur neue Anhänger zuführen und der Partei nur nutzen werde. Aber es entschlopfte ihm dennoch das Geständniß: „Ernst ist die Situation!“ Allerdings setzte er schnell hinzu: „Wir fürchten uns nicht. Was auch komme, unser ist der Sieg.“ Nun, man kennt dergleichen Redefloskeln. Die Hauptsache bleibt das Geständniß, das derjenige, der augenblicklich der eigentliche Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist, die Situation als ernst ansieht. Danach kann man den Werth der Proklamationen des „Vorwärts“ ermessen. Die Situation ist auch thatsächlich für die Sozialdemokraten um so ernster, als sie durch ihr herausforderndes Benehmen im Reichstage auch diejenigen gegen sie aufgebracht haben, die bis dahin der Ansicht waren, das man eine Partei, die eine so gewaltige Masse deutscher Wähler hinter sich habe, die Möglichkeit, ihre Ansichten auch außerhalb der Parlamente frei zu äußern, nicht verkümmern dürfe.

Frankfurt a. M., 21. Dezember. Wie die „Frankfurter Zeitung“ mittheilt, ist in der Dreiecksstraße in Sachsenhausen ein Neubau eingestürzt. Gegen 25 Arbeiter wurden verthüttet. Feuerwehr und Soldaten sind mit den Rettungsarbeiten beschäftigt. Der Neubau war bis zum dritten Stockwerke aufgeführt. — Von den 25 Arbeitern, welche sich auf dem Bau befanden, ist einer getödtet, zehn wurden mehr oder minder schwer verletzt. Ein Arbeiter liegt noch unter den Trümmern begraben. Der den Bau leitende Baumeister ist in polizeilichen Gewahrsam genommen worden.